



Solidarität braucht wirtschaftliche Leistungskraft – Mittelstand und Mittelschicht entlasten statt gefährden!

***Beschluss der MU-Landesversammlung –
Bayerischer Mittelstandstag –
am 19. September 2015 in Deggendorf***

Die großen Wanderungsbewegungen von Asylsuchenden und Wirtschaftsflüchtlingen sind eine riesige Herausforderung für Bayern, Deutschland und Europa. Wir müssen menschlich und gleichzeitig überlegt handeln. Wir müssen den Hilfsbedürftigen helfen und gleichzeitig dürfen wir die Hilfsbereitschaft nicht überfordern. Denn Solidarität braucht auch wirtschaftliche Leistungskraft. Die Position der Mittelstands-Union:

- 1.** Wenn wir die finanzielle Leistungskraft und Handlungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft erhalten wollen, brauchen wir dringend Entlastungen statt weitere Belastungen für Mittelstand und Mittelschicht. Noch läuft die Konjunktur und die Steuereinnahmen sprudeln. Steuervereinfachungen, Steuersenkungen und vor allem ein echter Bürokratieabbau finanzieren sich selbst und sparen dem Staat sogar Kosten.
- 2.** Wir müssen klar zwischen echten Verfolgten und Wirtschafts- bzw. Sozialleistungs-Migranten unterscheiden. Wir müssen eine Einwanderung von Nicht-Verfolgten in unsere Sozialsysteme und damit weitere Integrationsprobleme für die Zukunft verhindern. Auch die Länder auf dem Westbalkan sind als sichere Dritt- bzw. Herkunftsstaaten einzustufen. Wir brauchen deshalb auch eine massive Verkürzung von Asylverfahren und einen massiven Abbau von finanziellen und sonstigen Anreizen zur Einwanderung ohne Arbeitsleistung. Wir fordern generell Sachleistungen statt Geldleistungen. Abgelehnte Asylbewerber müssen nach dem Vorbild der Schweiz und Norwegens konsequent in kürzester Zeit abgeschoben werden.

3. Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung innerhalb Europas und ebenso innerhalb Deutschlands. Wir brauchen schließlich eine gemeinsame Anstrengung aller europäischen Länder, um die Fluchtursachen in den Herkunftsländern grundlegend zu beseitigen. Bayern allein kann alle Flüchtlinge in Deutschland ebenso wenig aufnehmen wie Deutschland dies in Europa tun kann. Deshalb begrüßen wir die Wiedereinführung von Grenzkontrollen.
4. Zugleich gilt: Ein Teil der Flüchtlinge ist gut qualifiziert und motiviert und damit eine Chance für unser Land. Sie müssen schnellstmöglich durch Deutschkurse und Bildungsmaßnahmen integriert werden. Das bedeutet auch ohne Wenn und Aber: Aufklärung über und Verhaltensregeln im Hinblick auf das rechtsstaatliche Gewaltmonopol des Staates und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Wer sich dem verweigert, kann nicht bei uns bleiben.
5. Wir brauchen mehr Wohnraum – für Flüchtlinge ebenso wie für Einheimische. Überzogene Bürokratie und zu teure Bauvorschriften sind abzuschaffen – gezielte Investitionsanreize sind zwingend notwendig.
6. Die Behörden müssen schnellstmöglich ihre Zuständigkeiten klären, damit anerkannte Asylbewerber so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden können und das derzeitige Kompetenzwirrwarr beendet wird. Überzogene Vorschriften und Bürokratie verhindern Integration.
7. Viele Betriebe bieten Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern Arbeits- und Ausbildungsplätze an – das ist der entscheidende und unverzichtbare Beitrag der Wirtschaft zur Integration dieser Menschen. Dafür brauchen wir freie Fahrt für Unternehmen, die helfen – vor allem für kleine und mittlere Betriebe. Jede Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungskraft des Mittelstandes muss unterbunden werden. Dem entspricht die Aussage der Bundeskanzlerin, dass Steuererhöhungen ausgeschlossen bleiben.